

Geschäfts - Bericht

des Vorstandes

an die

Aktionäre der Mainzer Aktien-Bierbrauerei in Mainz

erstattet

in der zweiundfünfzigsten ordentlichen Generalversammlung

am 21. Dezember 1912.



Geehrte Herren!

Unsere diesjährige Bilanz bietet einen beredten Ziffernbeleg zu den zeitgemäßen Klagen über die einseitige Begünstigung der Boden-Produktion zu Lasten der Industrie.

Bekanntlich ist es den im Reichstage überlegen vertretenen landwirtschaftlichen Interessen gelungen, die Auslandszufuhr für unser hauptsächlichstes Rohmaterial, die Gerste, durch eine Zollschranke von Mk. 4.— per Doppelzentner so gut wie völlig zu sperren.

Deutschlands Braugersten-Ertrag deckt aber selbst bei guten Ernten seinen Bedarf nur sehr knapp. Durch eine straffe Organisation dazu angehalten und vermöge ihrer größeren finanziellen Widerstandskraft hierzu befähigt, hält die Landwirtschaft jetzt beim Eintritt des allseitigen Gerstenbedarfs im Herbst mit dem Verkaufe allgemein zurück und hat es damit, gestützt auf ihr Inlands-Monopol, in der Hand, die Preise fast nach Belieben hinaufzuschrauben. Trotz keineswegs kleiner Ernten haben wir deshalb zurzeit unter Gersten-Preisen von einer seit Bestehen unseres Geschäftes noch niemals erreichten Höhe zu leiden.

Auch der Hopfen war teuer, und die Aufwendungen für Rohmaterialien trafen uns mit über einer drittel Million Mark Mehrkosten in diesem Jahre zudem so ungemildert, weil das vorjährige Brand-Unglück unsere alten Malz-Vorräte zerstört hat.

Dass solche Summen unser Resultat nicht noch weit mehr herabdrückten, verdanken wir lediglich dem wieder in erfreulichem Maße gesteigerten Absatze.

Die Transaktion zur Stilllegung der Rheinischen Bierbrauerei, an der wir uns, wie den Herren bekannt ist, mitbetheiligten, hat im allgemeinen unsere Erwartungen erfüllt. Die dadurch in erster Linie bezweckte Gesundung der Verkaufs-Verhältnisse in hiesiger Gegend ist eingetreten. Die Steigerung unserer Absatz-Ziffer ist zum Teil auch auf sie zurückzuführen, obwohl wir uns in dieser Hinsicht nicht allzuviel von der Vereinbarung versprochen hatten und nur einige Monate des diesjährigen Geschäftsjahres dafür in Betracht kommen.